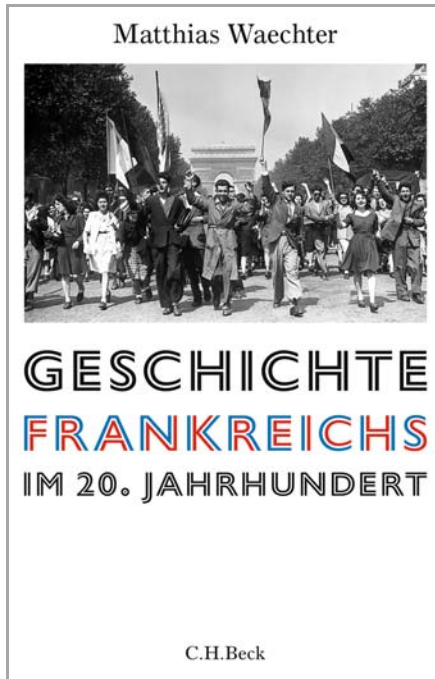


**Unverkäufliche Leseprobe**



**Matthias Waechter  
Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert**

2019. 608 S., mit 2 Karten  
ISBN 978-3-406-73653-7

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<https://www.chbeck.de/27160856>

© Verlag C.H.Beck oHG, München

Europäische Geschichte  
im 20. Jahrhundert

herausgegeben von  
Ulrich Herbert

Matthias Waechter

Geschichte  
**FRANKREICHS**  
im 20. Jahrhundert

Verlag C.H.Beck

Mit 2 Karten © Peter Palm, Berlin

1. Auflage. 2019

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2019

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München

Umschlagabbildung: Eine Menschenmenge feiert das Ende des Zweiten Weltkriegs  
auf den Champs Elysées, 8. Mai 1945 © Keystone/Getty Images

Satz: Janß GmbH, Pfungstadt

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 73653 7

*www.chbeck.de*

# Inhalt

Vorwort . . . . .	7
Einleitung . . . . .	II

## ERSTER TEIL

### Republik der Widersprüche 1880–1914

1. Die Erschaffung einer Nation . . . . .	21
2. Ein republikanisches Imperium? . . . . .	40
3. Eine «blockierte Gesellschaft»? . . . . .	61
4. Frankreich um 1900 . . . . .	87

## ZWEITER TEIL

### Gewonnener Krieg, Verlorener Frieden 1914–1940

5. Der Große Krieg . . . . .	114
6. Der prekäre Frieden . . . . .	152
7. Frankreich um 1926 . . . . .	178
8. Die Krise der 1930er Jahre . . . . .	191

## DRITTER TEIL

### Vom Zusammenbruch zur Dekolonisierung 1940–1962

9. Die zerstörte Einheit . . . . .	224
10. Frankreich um 1942 . . . . .	249
11. Der schwierige Aufbau einer neuen Ordnung . . . . .	274
12. Die Auflösung des französischen Empires . . . . .	322

VIERTER TEIL  
Vom Boom zur Krise 1962–1981

13. Frankreich um 1965: Auf dem Höhepunkt des Nachkriegsbooms . . . . .	366
14. Staat, Gesellschaft und Außenpolitik in der neuen Republik . . . . .	380
15. Das Ende der «Trente Glorieuses» . . . . .	410

FÜNFTER TEIL  
Die verunsicherte Nation 1981–2002

16. Der Sozialismus an der Macht . . . . .	431
17. Frankreich um 1990 . . . . .	455
18. Ausblick: Infragestellung und Rückkehr zur «Republik der Mitte» . . . . .	502
Dank . . . . .	517

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	521
Anmerkungen . . . . .	523
Literaturverzeichnis . . . . .	567
Personenregister . . . . .	598
Karten . . . . .	606

## Vorwort

Europa ist unsere Gegenwart, aber unsere Geschichte bleibt im Nationalen verwurzelt. Das hat seinen guten Grund, denn persönliche Erfahrungen und gesellschaftliche Traditionen, politische Optionen, kulturelle Orientierung und Alltagsvertrautheit beziehen sich in allen europäischen Ländern, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, nach wie vor zuerst auf das Land, aus dem man kommt und in dem man lebt.

Aber offenkundig reicht der nationale Rahmen nicht aus, um die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verstehen, denn wichtige Entwicklungen erweisen sich schon beim zweiten Hinsehen nicht als national spezifische, sondern als gesamteuropäische Phänomene. Wie soll man regionenübergreifende historische Erscheinungen – vom Imperialismus bis zur Europäischen Union, von den großen Diktaturen bis zur Ausbreitung des europäischen Modells der sozialen Demokratie, von den Klassenkonflikten der 1920er bis zur Jugendrebellion der 1960er Jahre und von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bis zum Wirtschaftswunder der 1950er und zum Ölpreisschock der 1970er Jahre – in den Kategorien des Nationalstaats erklären können, wo es sich doch offenkundig eher um gemeinsame Grundprozesse und deren Varianten handelt?

Und doch dominiert in Europa nach wie vor eine Sichtweise, die den Nationalstaat als den vermeintlich natürlichen Aggregatzustand der historischen Entwicklung begreift und sich darum bemüht, nationale Differenzierungen und Sonderwege, Kontingenz und Divergenz als primäre, Konvergenz und Vereinheitlichungen hingegen eher als nachgeordnete Prozesse zu begreifen.

Europa im 20. Jahrhundert hingegen a priori als Einheit zu betrachten und seine Geschichte auch so zu erzählen, ist nicht weniger problematisch. Denn dies transponierte die Vision einer gemeinsamen europäischen Gesellschaft gewissermaßen nach rückwärts, als sei der Nationalstaat lediglich eine Verirrung der vergangenen 150 Jahre gegenüber einer ansonsten im Wesentlichen gemeineuropäischen Erfahrung gewesen. Das vernachlässigte nicht allein die national so extrem unterschiedlichen Entwicklungen, wenn man nur an Jahre wie 1917, 1933 oder 1989 denkt. Es negierte auch die daraus erwachsenen Erfahrungsdifferenzen, die sich nicht nur nach den

Kategorien Klasse und Geschlecht, sondern im 20. Jahrhundert in ganz besonderer Weise nach Nationalität und ethnischer Zugehörigkeit ordnen. Tatsächlich sind das 19. und das 20. Jahrhundert in Europa ohne die nationalstaatliche Perspektive nicht entzifferbar.

Um diesem Dilemma zu entkommen, versucht die Reihe «Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert» einen anderen Weg: Die Geschichten der europäischen Staaten und Gesellschaften werden je für sich erzählt, aber zugleich im Kontext der europäischen Entwicklung und der globalen Verflechtungen. Um das zu verstärken, haben sich Herausgeber und Autoren auf eine gemeinsame Struktur geeinigt, die allen Bänden in stärkerer oder schwächerer Ausprägung zugrunde liegt: Die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen werden in klassischer, diachroner Manier erzählt. An einigen, in allen Bänden etwa gleichen Zeitpunkten werden aber Querschnitte eingefügt, die es ermöglichen, Zustand und Zustände in der jeweiligen Gesellschaft synchron darzustellen und dadurch dem Vergleich mit anderen Ländern zu öffnen. Das betrifft die Zeiträume um 1900, Mitte der zwanziger Jahre, im Zweiten Weltkrieg, Mitte der sechziger Jahre und nach 1990. Abweichungen von diesem Raster ergeben sich aus spezifischen Besonderheiten in den einzelnen Ländern.

Auf diese Weise sollen im Konzert der Bände dieser Reihe Differenzen und Ähnlichkeiten, Konvergenzen und Alternativen erkennbar und die Nationalgeschichten aus ihrer Selbstbezogenheit gelöst werden, ohne die Eigendynamik und die spezifischen Traditionen der einzelnen Länder zu vernachlässigen. Bei dem Versuch, nationale Geschichte und europäische Perspektive zu verbinden, wird vielen Lesern das eine oder das andere zu kurz kommen, wie überhaupt das Unterfangen, eine Nationalgeschichte im 20. Jahrhundert in einem Band zu erzählen, einen gewissen Mut erfordert. Aber nur in dieser relativ gedrängten Form ist es möglich, diachrone Entwicklungen zu schildern und Linien durch das Jahrhundert zu zeichnen, die bei erheblich umfangreicheren Bänden angesichts der Vielzahl der Themen und Aspekte nicht erkennbar würden.

Wenn wir vom 20. Jahrhundert sprechen, so in einer spezifischen Weise. Es hat sich vielfach eingebürgert, den Ersten Weltkrieg als Wasserscheide zwischen den Jahrhunderten zu betrachten. Das hat Vorteile, weil dadurch die nachwirkenden Traditionen des «langen» 19. Jahrhunderts besser in Augenschein genommen werden können. Um die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu erzählen, ist es aber nötig, die tiefgreifende Veränderungsdynamik der Jahrzehnte zwischen 1890 und 1914 zu berücksichtigen, die jahrzehntelang nachgewirkt hat und in kürzester Zeit eine solche Wucht entfaltete, dass alle europäischen Gesellschaften davon ergriffen und



gezwungen wurden, auf diese Herausforderungen zu reagieren. So wird, wer den Aufstieg der Weltanschauungsdiktaturen und die beiden Weltkriege, den Holocaust und die Dekolonialisierung darzustellen und zu erklären hat, vor den Ersten Weltkrieg zurückgehen und die beiden Jahrzehnte vorher betrachten müssen, um die Durchsetzung des modernen Industriekapitalismus, der immer mächtiger werdenden Staatsapparate und den Aufstieg der großen radikalen politischen Massenbewegungen zu verfolgen, die im Laufe des Jahrhunderts eine so zerstörerische Wirkung entfalteten. Daher wird in diesen Bänden die Geschichte des «langen 20. Jahrhunderts» erzählt, die von den 1890er Jahren bis etwa 2000 reicht – wobei der Ausgangspunkt klarer ist als das Ende.

Schließlich hat Autoren und Herausgeber die Frage bewegt, wie man die so verschiedenen beiden Hälften des Jahrhunderts miteinander auf eine Weise verbinden kann, dass die Zusammenhänge zwischen beiden erkennbar werden, ohne den tiefen Einschnitt von 1945 zu relativieren. Hier sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Gesellschaften unübersehbar. Aber zugleich lässt sich doch angesichts der vielfältigen politischen Entwürfe und radikalen Alternativen über Jahrzehnte hinweg das Bemühen der Zeitgenossen erkennen, gesellschaftliche Ordnungssysteme zu finden, die den Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft angemessen sind. Das hat zu monströsen Gebilden und schrecklichen Opfern geführt.

Aber man kann doch auch erkennen, dass auf viele Herausforderungen, die sich in den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg so scharf herausgebildet hatten, in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich Antworten gefunden wurden, die sich bewährten und vermehrt auf Zustimmung stießen. Das betraf sowohl die Ausprägung der politischen Ordnung im Innern wie zwischen den europäischen Staaten, das Verhältnis von wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Gerechtigkeit oder den Umgang mit der modernen Massenkultur. Dabei wurden die westeuropäischen Gesellschaften nach den 1960er Jahren einander immer ähnlicher, und zwar in Bezug auf das politische System, die soziale Ordnung, die kulturellen Wertorientierungen ebenso wie hinsichtlich der Wirtschaftsordnung und des Alltagslebens. Solche Tendenzen gab es in Ansätzen in den ostmitteleuropäischen Ländern auch schon während der kommunistischen Herrschaft, und nach 1990 begannen sie sich rasch durchzusetzen. Mit diesen Tendenzen der Konvergenz und Homogenisierung der gesellschaftlichen Ordnungen in Europa, deren Bedeutung in historischer Perspektive deutlicher zu erkennen ist als zeitgenössisch, wuchs aber vielfach auch das Bedürfnis nach Differenz und nach Orientierung an der nationalen Geschichte.

Zugleich aber wurde nach der «goldenen Ära» der 1950er und 1960er Jahre die Brüchigkeit des industriellen Fundaments dieser Gesellschaften sichtbar, und neue Herausforderungen kündigten sich an, die unsere Gegenwart und vermutlich in noch stärkerem Maße unsere Zukunft bestimmen: das Ende der traditionellen Massenfertigungsindustrien, die ökologischen Krisen, die Ausprägung und Folgen der weltweiten Massenmigration, die neuen weltweiten ideologischen Konflikte nach dem Ende des Kalten Krieges, die zunehmende Bedeutung supranationaler Zusammenschlüsse und die globale Vernetzung wirtschaftlichen Handelns.

Soweit man es von heute erkennen kann, werden die Jahre 2000 oder 2001 keine markanten historischen Zäsuren bilden. Aber es wird doch sichtbar, dass im letzten Fünftel des 20. Jahrhunderts etwas zu Ende ging, was 100 Jahre zuvor begonnen hatte, und etwas Neues einsetzte, das wir bislang weder definieren noch historisieren können.

Ulrich Herbert

## Einleitung

«Frankreich ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft», pflegte François Mitterrand zu sagen. Er fasste so die Lehre zusammen, die für ihn aus dem 20. Jahrhundert zu ziehen war. Nach zwei Weltkriegen, die die Europäer an den Rand eines kollektiven Selbstmords gebracht hatten, nach dem Verlust der europäischen Hegemonie über die Welt bleibe den Bürgern des Kontinents keine andere Wahl, als sich ein neues, gemeinsames Vaterland aufzubauen. Das Thema dieser Buchreihe ist die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts, der Gegenstand dieses Bandes ist Frankreich. Es stellt sich somit eingangs die Frage, welchen Platz Frankreich in der europäischen Zeitgeschichte einnimmt: Was ist charakteristisch an Frankreichs Entwicklung im letzten Jahrhundert? Worin unterscheidet sich das Land von den Staaten, die seine Partner in der Europäischen Union sind? Was ist besonders französisch an dieser Geschichte und was ist allgemein europäisch? Kurz: Was ist der Ort Frankreichs in der Geschichte Europas des 20. Jahrhunderts?

Viele französische Autoren des letzten Jahrhunderts hätten auf diese Fragen geantwortet, dass ihr Land eine Ausnahme darstelle, dass es sich von dem Hauptstrom der europäischen Geschichte unterscheide. Die These von der französischen Ausnahme, der «*exception française*», bezog sich stets auf die Republik, die im europäischen Vergleich frühzeitig eingeführt und nicht nur als eine Staatsform, sondern auch als eine politische Idee, ein Modell gesellschaftlicher Integration und als ein Wertesystem verstanden wurde. Die Republik gab vielen Menschen den Impuls zum politischen und sozialen Engagement; sei es, um sie gegen innere und äußere Gegner zu verteidigen, sei es, um ihre Verheißungen zu verwirklichen. Das Bewusstsein von der eigenen Ausnahmestellung bezog sich aber auch auf die französische Zivilisation, Sprache und Lebensform, ihren weltweiten Ruhm und ihre Ausstrahlungskraft. Gleichzeitig aber entwickelte sich auch eine negative Version des Ausnahmeglaubens, die in Frankreich ein Land erblickte, das langsamer, ja schlechter als andere europäische Gesellschaften auf die Herausforderungen der Gegenwart reagiere. Immer wieder wurde die Auffassung vertreten, dass die französische Gesellschaft zu statisch und traditionsverhaftet sei, den Tendenzen

der Moderne zu skeptisch gegenüberstehe und aus sich selbst heraus keinen Fortschritt bewirken könne. Diese unterschiedlichen Varianten des Exzeptionalismus weisen uns auf ein erstes Charakteristikum des französischen 20. Jahrhunderts hin: das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch, Europas politische Avantgarde zu bilden, und der Wahrnehmung einer unbeweglichen, auf sich selbst bezogenen Gesellschaft. Damit korrespondierten politisch-soziale Realitäten: Eine fortschrittliche politische Ordnung ging einher mit einer Gesellschaft, die teils verspätet, teils nie in der Industriemoderne ankam, beschränkte sich doch die Hochindustrialisierung Frankreichs auf einige wenige Regionen. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg bildete die Landwirtschaft den wichtigsten Beschäftigungssektor, während in Nachbarländern wie Großbritannien, Deutschland, Belgien und der Schweiz schon seit mehreren Jahrzehnten die meisten Menschen in der Industrie arbeiteten. Gleichzeitig lässt sich aus diesem Spannungsverhältnis die besondere Rolle erklären, die dem Staat in Frankreich zuerkannt wurde: Dieser galt nicht nur als der unverzichtbare Motor des Fortschritts, sondern auch als der rationale Erzieher einer zurückgebliebenen Gesellschaft.

In engem Zusammenhang damit stehen die besonderen Tendenzen des französischen Nationalbewusstseins. Die Vorkämpfer der 1870 gegründeten Dritten Republik erblickten in der französischen Nation eine Gemeinschaft von Bürgern, die die gleichen Rechte und Pflichten hatten, sich den gleichen Idealen verpflichtet fühlten und an einem gemeinsamen Projekt mitwirkten. Die Nation galt als «einheitlich und unteilbar», zusammengehalten nicht nur durch das immaterielle Band gemeinsamer Werte, sondern auch durch die Sprache als Fundament der französischen Zivilisation und durch den Staat als Garant einer einheitlichen Verwaltung. Dem Streben nach Einheit stand aber stets eine Realität der Vielfalt gegenüber, die sich auf lokale Identitäten, regionale Sprachen und Widerstand gegen den Zentralismus gründete. So sehr der Staat versuchte, diese Partikularismen einzuebnen, so sehr blieb die Diversität ein Kennzeichen der französischen Gesellschaft. Denn über das gesamte 20. Jahrhundert kamen Einwanderer unterschiedlichster Herkunft nach Frankreich und reicherten seine gesellschaftliche Vielfalt immer weiter an. Das Ziel einer einheitlichen Nation wirkte daher zunehmend unerreichbarer, bis hin zu der heute oft vernehmbaren Klage darüber, dass ein vereinendes Band zwischen Bürgern so unterschiedlicher Herkunft kaum noch existiere.

Die französische Republik verstand sich – ähnlich wie ihre 1776 gegründete amerikanische Schwester – als ein Projekt von universeller Reichweite. Denn ihre Prinzipien erhoben den Anspruch, nicht nur für Frank-

reich, sondern für die gesamte Menschheit Gültigkeit zu haben. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit galten als Werte, die allen Menschen zuteilwerden sollten, damit sie eine höhere Stufe der Humanität erreichen konnten. Aus dieser Perspektive kannte Frankreich keine festen Grenzen, sondern war beliebig ausdehnbar. So machte sich die Gründergeneration der Dritten Republik ans Werk, einen Kolonialbesitz zu erobern, dessen Reichweite nur vom britischen Empire übertroffen wurde. Typisch für das Universalitätsbewusstsein der Republik bezeichnete man die Kolonien als «la plus grande France», als hätten von Le Havre bis Hanoi, von der Seine bis zum Kongo die gleichen Gesetze und Werte gegolten.

Doch verwickelte der republikanische Imperialismus Frankreich in einen unauflösbaren Widerspruch: War schon die Inbesitznahme der Kolonien ein Gewaltakt der Unterwerfung, so wurde an keinem Ort der «plus grande France» ein Herrschaftssystem eingerichtet, das auch nur annähernd den Prinzipien der Republik entsprochen hätte. Somit erlebte die indigene Bevölkerung die Devise «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» als eine Verheißung, die ihr nur dann zuteilwerden konnte, wenn sie sich von Frankreich unabhängig erklärte. Demgegenüber waren die politisch Verantwortlichen in Paris lange Zeit unfähig, das Unabhängigkeitsstreben der Kolonien nachzuvollziehen, denn aus französischer Perspektive konnte der indigenen Bevölkerung kein besseres Schicksal widerfahren, als sich unter dem Schirm der Republik langsam emporzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich bei der Auflösung des französischen Kolonialreichs unvereinbare Positionen gegenüberstanden, warum dieser Prozess mit so viel Krieg und Gewalt verbunden war. Zugleich wird hier gewiss kein Sonderweg, so aber doch ein Charakteristikum Frankreichs innerhalb Europas sichtbar: Ein wichtiger Teil seiner Geschichte im 20. Jahrhundert spielte sich nämlich *außerhalb* Europas ab, und zentrale Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, wie etwa der Regimewechsel von der Vierten zur Fünften Republik 1958, nahmen ihren Ausgangspunkt vom afrikanischen Kontinent.

Die von Ulrich Herbert formulierte und diese Buchreihe prägende Leitidee eines «langen 20. Jahrhunderts» erweist sich als besonders geeignet, um eine neue Sicht der französischen Geschichte zu präsentieren. Denn die wichtigsten Tendenzen des französischen 20. Jahrhunderts entstanden allesamt bereits in der Gründungsphase der Dritten Republik: die Verbreitung eines einheitlichen Nationalbewusstseins, die Konsolidierung der Republik oder die koloniale Expansion – für die großen Leitlinien bilden die 1880er Jahre den entscheidenden Einschnitt, nicht aber die Jahrhundertwende oder der Erste Weltkrieg.

Die Mitte des französischen 20. Jahrhunderts ist durch eine tiefe Zäsur gekennzeichnet: die katastrophale Niederlage des Sommers 1940. Das Land brach im Mai und Juni förmlich zusammen, als Millionen von Menschen vor dem deutschen Angriff flohen, das Militär sich auflöste und die zivile Führung die Besatzung eines Großteils des Landes akzeptierte. Der entehrende Waffenstillstand vom 22. Juni 1940 markiert den absoluten Tiefpunkt der französischen Geschichte: Er löste die über Jahrhunderte hinweg errungene territoriale Einheit auf und bildete den Ausgangspunkt einer beispiellosen Verfeindung innerhalb der Bevölkerung, die in der Endphase der Besatzungszeit in einen regelrechten Bürgerkrieg mündete.

Mit dem Jahr 1940 endete der republikanische Sonderweg, den das Land in den 1930er Jahren noch hatte aufrechterhalten können, als die Demokratien in zahlreichen europäischen Ländern bereits durch autoritäre Führerstaaten ersetzt wurden. Marschall Pétain stellte sich an die Spitze des diktatorischen «Etat français», der sich als die Antithese zur republikanischen Tradition verstand. Wie in anderen von Deutschland besetzten Territorien gab es nach 1940 auch in Frankreich Kollaborateure und Widerstandskämpfer, Profiteure, Denunzianten, Exilanten, Flüchtlinge und Opfer antisemitischer Verfolgung. Gleichzeitig ging vom Zweiten Weltkrieg ein neuerlicher französischer Exzeptionalismus aus: denn er war der Auftakt zu einer 22 Jahre währenden Kriegszeit. Unter der Parole «Heute Straßburg, morgen Saigon» zogen 1945 Truppen, die soeben erst das Elsass befreit hatten, nach Indochina, um dort die französische Kolonialherrschaft wiederherzustellen. An den verlorenen Indochinakrieg schloss sich nahtlos der Algerienkrieg an, der die Nation acht Jahre lang in Atem hielt. Anders als für die meisten europäischen Staaten kam für Frankreich erst 1962 der Frieden.

Unterdessen begann mit dem Jahr 1940 die Karriere eines Mannes, ohne den die französische Zeitgeschichte nicht vorstellbar ist: Charles de Gaulle. Als Begründer und Führer der Résistance sowie als Chef der ersten provisorischen Regierung 1944/45 suggerierte er den Franzosen, dass die Republik die Wirren der Kriegszeit durch ihn personifiziert moralisch unbeschadet überstanden habe. Noch entscheidender war seine Rolle allerdings im Jahre 1958, als er dem Land eine auf seine Person zugeschnittene Verfassung gab, die bis heute Gültigkeit besitzt. Die von de Gaulle gegründete Fünfte Republik beschritt in einem von parlamentarischen Regierungssystemen geprägten Europa den Sonderweg des Präzidentialismus und räumte der Exekutive einen außergewöhnlich breiten Gestaltungsspielraum ein. Vielfach kritisiert und zeitweise bekämpft, wirkt die Fünfte Republik heute unumstrittener denn je, präsidiert von einem Mann, der

dem höchsten Staatsamt wieder die Glorie zurückgeben möchte, die unter seinen Vorgängern verblasst war.

Die Niederlage 1940 beendete überdies die außenpolitische Machtstellung, die Frankreich im internationalen System zukam. Eine Armee, die im Ersten Weltkrieg als Sieger vom Platz gegangen war und zu den stärksten der Welt gehörte, lag nach nur vierwöchigen Kämpfen am Boden; eine europäische Großmacht stand unter der Vormundschaft von Nazideutschland. Weder die französische Exilregierung unter de Gaulle noch seine erste provisorische Nachkriegsregierung wurde von den Alliierten als gleichwertiger Partner akzeptiert. So war Frankreich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nicht vertreten, als die USA, die Sowjetunion und Großbritannien die Grundlagen der Nachkriegsordnung legten. Nach 1945 haben französische Politiker zwei unterschiedliche Strategien entwickelt, um die Rolle des Landes im internationalen System zu definieren: Die erste zielte darauf ab, Frankreich mit einem souveränen internationalen Handlungsspielraum auszustatten, seine vergangene Größe wiederherzustellen und es zu einem gleichwertigen Protagonisten im Konflikt der großen Mächte zu machen. Die zweite Strategie nahm die reduzierte Machtstellung Frankreichs und die Interdependenz der modernen Welt als eine Realität an, indem sie eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten erdachte: Sie zielte auf den Verzicht auf souveräne staatliche Vollmachten ab und strebte eine supranationale europäische politische Autorität über zentrale Politikfelder an. Für die erste Strategie steht Charles de Gaulle, für die zweite Jean Monnet, der Gründervater der «Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl». Somit brachte Frankreich einerseits die Vordenker und Architekten des europäischen Integrationsprozesses hervor, andererseits aber auch seine schärfsten Opponenten. Weitreichende Projekte der europäischen Einigung gingen zunächst von Frankreich aus und scheiterten dann an der Opposition in demselben Land, so bei der parlamentarischen Abstimmung über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954 und der Volksabstimmung über den Verfassungsvertrag der EU 51 Jahre später. Auch hierin kann man einen französischen Sonderweg erblicken.

Damit sind einige Leitlinien dieser Gesamtdarstellung genannt: die mühevolle Nationsbildung im späten 19. Jahrhundert, das sich immer wieder neu stellende Problem der Integration einer heterogenen Gesellschaft, die zentrale Bedeutung des Kolonialreichs und der Dekolonisierung für die französische Zeitgeschichte, das zwiespältige Verhältnis zur europäischen Integration. Im gleichen Maße sollen die Zäsur des Sommers 1940 und die kardinale Rolle der Jahre 1940–45 für die Geschichte der Nachkriegszeit

deutlich werden. Ebenso erklärt sich aus den eingangs angestellten Überlegungen das Kriterium, nach dem die unvermeidliche Auswahl von Themen und Prozessen getroffen wurde. Der Schwerpunkt soll stets auf den historischen Aspekten liegen, die für Frankreich typisch sind, die dem deutschen Leser nicht unbedingt vertraut sind, die man aber kennen sollte, um unser wichtigstes Nachbarland zu verstehen. Die Perspektive des Autors ist dabei natürlich nicht unerheblich: Im Falle dieses Buchs ist sie die eines Deutschen, der einen Großteil seines erwachsenen Lebens in Frankreich verbracht hat. Dieses Faktum sollte nicht die Sicht auf die Geschichte bestimmen, doch ist es unvermeidlich, dass dadurch die Wahrnehmung der Eigentümlichkeiten dieses faszinierenden Landes beeinflusst wird.



## ERSTER TEIL

### Republik der Widersprüche 1880–1914

Seit der Großen Revolution verkörperte Frankreich die Verheißung von Freiheit und Gleichheit. «Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten», so verkündete die 1789 von der Nationalversammlung verabschiedete Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. «Das Ziel jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung.»<sup>1</sup> Der Glaube an diese Prinzipien bildete die Grundlage des französischen Patriotismus, wie er sich in der Revolution ausdrückte: Wer Frankreich liebte, identifizierte sich mit den Werten von Freiheit und Gleichheit. Auch verliehen sie der Französischen Revolution ihr Sendungsbewusstsein, das sich nicht nur auf das Land selbst, sondern auf ganz Europa, ja die gesamte Menschheit bezog. «Von Paris bis Japan; vom Afrikaner bis zum Lappen, überall verbreitet sich die Gleichheit», hieß es in einem Revolutionslied aus dem Jahre 1791. «Tyrannen, Euer Schicksal ist entschieden. Die Freiheitsmütze wird um die ganze Welt gehen.»<sup>2</sup>

Die Einlösung der Verheißung, die politische Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit, blieb indes ein unvollendetes Projekt. Die 1792 errichtete Erste Republik führte die revolutionären Werte ad absurdum, indem sie diese mit brutaler Staatsgewalt durchzusetzen versuchte. Auf das Kaiserreich Napoleon Bonapartes, das den sozialen Aufstieg des Bürgertums stabilisierte, das Freiheitsideal der Revolution aber verriet, folgte 1814 die Restauration. Die «göttliche Providenz» ersetzte das Volk als Legitimitätsgrundlage; die «Rechte und Prärogative der Krone» erhielten Vorrang vor den Menschen- und Bürgerrechten.<sup>3</sup> Nach der Revolution von 1830 versuchte die liberale Monarchie des Louis Philippe einen Mittelweg zwischen Freiheitsstreben und Autorität, bürgerlicher politischer Partizipation und royalen Vorrechten, sozialem Ausgleich und hierarchischer Ordnung zu finden. Der tonangebende Politiker dieser Epoche, François Guizot, wollte die «Revolution beenden», den Konflikt zwischen legitimistischer Monarchie und egalitärer Republik in

einer Synthese aufheben.<sup>4</sup> Doch kam es 1848 zu einer erneuten Revolution, in welcher der Ruf nicht nur nach gleichen politischen Partizipationschancen, sondern auch nach sozialer Gerechtigkeit unüberhörbar wurde. Auch dieses Wiederaufflammen der Ideale von Freiheit und Gleichheit mündete allerdings mit dem Zweiten Kaiserreich in ein autoritäres System, das formal an revolutionäre Errungenschaften (wie das Plebiszit und das allgemeine Männerwahlrecht) anknüpfte, faktisch aber politische Beteiligungs- und soziale Emanzipationsansprüche unbefriedigt ließ. Die Anhänger der liberalen Republik vermochten es, während des Zweiten Kaiserreichs ihre Ideen wachzuhalten und sich zu organisieren – um eine «notwendige Mission zu erfüllen», wie es Léon Gambetta, eine ihrer Leitfiguren, ausdrückte, nämlich «die französische Revolution zu vollenden».<sup>5</sup>

Die Chance zur Erfüllung ihrer Mission sahen sie im Sommer 1870 gekommen, nachdem Kaiser Louis-Napoléon Bonaparte in Sedan kapitulierte und sich in deutsche Gefangenschaft begeben hatte. Am 4. September 1870 rief Léon Gambetta vom Pariser Rathaus die Republik aus, da das Volk diese gefordert habe. In den folgenden Monaten sollte sich aber herausstellen, dass die liberale Republik unter den Franzosen weit weniger Anhänger besaß, als es ihre Verfechter glauben wollten. Aus der Wahl zur Nationalversammlung, die am 8. Februar 1871 unter deutscher Besatzung stattfand, gingen die Gegner der Republik als klare Sieger hervor: Die Verfechter der Monarchie gewannen annähernd 59 Prozent der Stimmen; die Republikaner errangen nur 150 von 675 Mandaten. Das Wahlergebnis machte den Gegensatz zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung deutlich: Die Republikaner hatten in Städten wie Paris, Bordeaux und Marseille gesiegt, während das ländliche Frankreich mit Ausnahme weniger, zumeist im Süden gelegener Regionen konservativ gewählt hatte. «Ländliche Mehrheit, Schande Frankreichs!», rief der radikale Republikaner Gaston Crémieux bei der ersten Sitzung der neugewählten Versammlung den royalistischen Abgeordneten entgegen.<sup>6</sup>

Die «exekutive Gewalt» wurde einem Kompromisskandidaten übertragen, nämlich Adolphe Thiers, einem herausragenden Repräsentanten des liberalen Bürgertums, der bereits unter Louis Philippe die Regierung angeführt und sich als Opponent gegen das Zweite Kaiserreich ausgezeichnet hatte. Dieser sah in einer sozial konservativen, autoritären Republik das beste Mittel, um staatliche Integrität und gesellschaftliche Stabilität zu garantieren. Er befürwortete die Republik als die Staatsform, «die uns am wenigsten spaltet», nicht aber als die Erfüllung von Freiheit und Gleichheit: Er war, kurz gesagt, für eine *république sans républicains*.<sup>7</sup>

Thiers schloss im Mai 1871 Frieden mit Deutschland und sah sich zeitgleich mit einer existenziellen Herausforderung von links konfrontiert: der *Commune*, einer Bewegung des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft, die insbesondere in Paris, aber auch in anderen Städten die Republik in einer radikalen, direktdemokratischen Form umzusetzen suchte. Diesen Aufstand ließ Thiers im Frühjahr 1871 blutig niederschlagen; innerhalb weniger Tage erschoss die Armee Zehntausende von Bürgern.

Drei Jahre nach dem 4. September 1870 war Frankreich nur noch dem Namen nach eine Republik, denn die reaktionäre Parlamentsmehrheit stürzte Thiers, da er nicht der Monarchie den Weg bereiten wollte. Der konservative Marschall Mac-Mahon wurde zum Präsidenten gewählt und der klerikal gesinnte Duc de Broglie Regierungschef. Die Zeichen der Zeit standen nun auf der Wiedererrichtung eines *ordre moral*: «Mit der Hilfe Gottes, der Hingabe unserer Armee, der Unterstützung aller ehrlichen Leute», so Mac-Mahon, «müssen wir das Werk der Wiederherstellung unseres Territoriums [d. i. der Rückgewinnung Elsass-Lothringens] und der Wiedererrichtung der moralischen Ordnung unseres Vaterlands fortsetzen.»<sup>8</sup> Auf dem Pariser Montmartre, einem Zentrum des *Commune*-Aufstands, wurde die Kirche Sacre-Cœur als ein Fanal des Widerstands gegen die antireligiösen, revolutionären Tendenzen der Moderne errichtet. Die politische Frontstellung der kommenden Jahre wurde damit erkennbar: Die liberale Republik würde sich nur dann langfristig durchsetzen können, wenn sie die klerikalischen, eine monarchische Restauration betreibenden Kräfte zurückdrängen würde. «Der Klerikalismus – das ist der Feind», so brachte es Léon Gambetta auf eine knappe Formel.<sup>9</sup>

Dass es nicht zu einer Wiedererrichtung der Monarchie kam und die Anhänger der liberalen Republik bereits 1876/77 die Macht erlangten, ist insbesondere zwei Faktoren geschuldet. Zum einen war die konservative Parlamentsmehrheit in sich gespalten zwischen drei verschiedenen Lagern: den Anhängern des Kaiserreichs (Bonapartisten), den Befürwortern des liberalen Königtums im Stile der Julimonarchie (Orléanisten) und den sogenannten Legitimisten, die an der 1830 gestürzten, ultrakonservativen Bourbonenlinie festhielten. Von dieser Spaltung konnten die Republikaner profitieren, um 1875 die Verfassungsgesetze durchzubringen, die für die kommenden 65 Jahre Frankreichs politisches Leben regeln sollten: Diese Verfassungskonstruktion – auf die noch näher zurückzukommen sein wird – sah einen für sieben Jahre gewählten Präsidenten mit signifikanten Vollmachten, eine mit allgemeinem, gleichem Männerwahlrecht gewählte Abgeordnetenkammer sowie einen teils indirekt gewählten, teils nominierten Senat vor. Zum anderen vermochten es die Republikaner besser als

ihre monarchistischen Opponenten, bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer 1876 Unterstützung zu mobilisieren und sich als die zukunftsweisende Strömung des französischen politischen Lebens zu positionieren.

Auf ihren überzeugenden Wahlsieg folgte der Machtkonflikt vom 16. Mai 1877: Die neue Parlamentsmehrheit lehnte es ab, dem vom konservativen Präsidenten Mac-Mahon vorgeschlagenen Regierungschef ihr Vertrauen auszusprechen. Eine erneute Parlamentswahl 1877 bestätigte die republikanische Mehrheit, die fortan die politische Kultur zu gestalten vermochte. So wurde der 14. Juli (der Tag des Sturms auf die Bastille 1789) zum Nationalfeiertag, die Marseillaise zur Nationalhymne erhoben und die Aufständischen der *Commune* amnestiert.<sup>10</sup> Ab 1880 wurden die revolutionären Prinzipien «Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit» zur «Devise der Republik» kanonisiert und an allen öffentlichen Gebäuden angebracht.

Die Durchsetzung der liberalen Republik in den Jahren 1875–1880 wird vielfach als der Abschluss der revolutionären Epoche Frankreichs verstanden: Die Große Revolution sei an ihr Ziel gekommen, indem man eine auf ihren Werten beruhende politische Ordnung dauerhaft etabliert hatte. Das für das 19. Jahrhundert kennzeichnende Oszillieren zwischen Revolutionen und Restaurationen, monarchischen, republikanischen und cäsaristischen politischen Regimen fand ein langfristiges Ende.<sup>11</sup> Mit gleichem Recht allerdings lässt sich die Etablierung der liberalen Republik als der Auftakt des «langen» 20. Jahrhunderts verstehen. Denn mit dieser Staats- und Gesellschaftsform wollte Frankreich die kommenden Herausforderungen bewältigen: Die seit 1877 regierenden liberalen Republikaner sahen sich als die Avantgarde der Nation, die eine teils rückständige Bauerngesellschaft entschlossen modernisierten. Die Republik war dabei gleichbedeutend mit Fortschritt, verkörperte sie doch in ihren Augen die Werte der modernen Zeit: Vernunft, Wissenschaft, Aufklärung. Darüber hinaus sahen sie ihr Land mit einer Mission ausgestattet, die es dazu berechtigte, durch den Erwerb von Kolonien die Segnungen der französischen Zivilisation über die Welt zu verbreiten.

Die Republik stellte somit für Frankreich nicht nur eine politische Organisationsform, sondern auch und vor allem ein Modell sozialer Integration dar: Sie unternahm den Versuch, eine höchst heterogene Gesellschaft um die proklamierten Werte von Freiheit, Gleichheit, Fortschritt, Laizität und Wissenschaft zu vereinen. Doch dieses soziale Integrationsmodell wies von Anfang an Widersprüche auf: So beruhte die Durchsetzung der Republik auf einem Kompromiss mit den alten, antirepublikanischen Eliten, denen ein breiter Entfaltungsspielraum überlassen wurde. Die Träger-schicht der Republik war das gebildete, besitzende Bürgertum, das für die

aufkommende soziale Frage eine geringe Sensibilität besaß und der Arbeiterbewegung nur wenig Partizipationschancen einräumen wollte. In vielen Landesteilen reichte der Horizont der Bürger kaum über die Grenzen der eigenen Gemeinde hinaus, und das Bewusstsein, einer Nationsgemeinschaft anzugehören, war hier nur rudimentär ausgeprägt. Der eklatante Widerspruch zwischen proklamierter Gleichheit und praktizierter Diskriminierung in den Kolonien schließlich wurde zwar von manchen Exponenten des Republikanismus kritisiert, blieb aber über viele Jahrzehnte hinweg bestehen.

[...]

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)